

## Der Schock sitzt tief



Wir sind in einem Kanton Aargau aufgewacht, in dem nun die SVP, FDP und EDU zusammen eine Mehrheit bilden. Noch nie war der Kanton Aargau so rechts wie heute. Wir befürchten, dass das bitter wird – für die Menschen, für die Bildung, für das Klima. Auch nur ansatzweise soziale und umweltfreundliche Anliegen werden in den nächsten vier Jahren auf der Strecke bleiben. Schönreden können wir das nicht.

Aber den Mut und unsere Vision für einen sozialen und umweltfreundlichen Kanton Aargau lassen wir uns nicht nehmen. Viel mehr bestärkt uns das Wahlergebnis darin, konsequent gegen diese Mehrheit anzukämpfen und das soziale Gewissen des Kantons Aargaus zu sein.

Ein Trost ist die hervorragende Wahl von Dieter Egli in den Regierungsrat. Für weitere vier Jahre wird er eine klare, ehrliche und zukunftsgerichtete Politik für uns im Regierungsrat machen und sich für die Menschen des Kantons einsetzen.

Eine weitere Freude ist, dass die SP ihre Anzahl an Sitzen halten konnte. Wir werden vertreten sein von einer kompetenten und engagierten SP-Fraktion, der wir vertrauen können, in dieser schwierigen Situation das Beste für die Menschen herauszuholen. Nur dank allen Grossratskandidierenden und euch allen, die mitgeholfen haben, konnten wir überhaupt dieses Ergebnis erreichen. Euch gebührt der grösste Dank!

Nora Langmoen, Co-Präsidentin SP Aargau, Baden



# Vielen Dank!

**Meine Wiederwahl als Regierungsrat verdanke ich der Unterstützung der ganzen Partei. Sie ist nicht nur eine grossartige Bestätigung, sondern auch Motivation, gemeinsam mit euch allen an den wichtigen Themen weiterzuarbeiten.**



Dieter Egli, Regierungsrat  
SP Aargau, Windisch

Ich freue mich riesig über meine Bestätigung im Amt als Regierungsrat und als Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Inneres. Diese Wiederwahl wäre nicht möglich gewesen ohne die grosse Unterstützung der Partei und den engagierten Wahlkampf in den letzten Monaten. Ich danke allen, die plakatiert, auf der Strasse und an den Bahnhöfen Flyer verteilt und diverse Anlässe organisiert haben. Euer Einsatz hat mich durch den Wahlkampf getragen, der neben der Arbeit als Regierungsrat eine zusätzliche Herausforderung war. Ich habe mich jede Sekunde durch

euch getragen gefühlt! Das bestärkt mich einmal mehr im guten Gefühl, in der richtigen Partei zu sein. Und es motiviert mich für die weitere Arbeit in meinem Amt.

Diese Arbeit wird, wie der Wahltag wieder gezeigt hat, nicht einfacher. Der Aargau ist und bleibt ein stark bürgerlich geprägter Kanton, und wir müssen bei unserer politischen Arbeit weiterhin besonders kritisch, hartnäckig und engagiert sein. Das gilt für die Regierungsarbeit genauso wie für die Arbeit im Grossen Rat. Ich werde meinen Teil dazu beitragen. Das geht aber nur gemeinsam mit euch!

Meine Wiederwahl motiviert mich, die grossen anstehenden Herausforderungen in meinem Departement noch engagierter anzugehen: Es gilt, die Integrationsarbeit vor Ort in den Gemeinden noch weiter voranzubringen. Zudem müssen wir das Sicherheitsgefühl der Aargauer:innen stärken – mit genügend polizei-

licher Präsenz an den Hot Spots im öffentlichen Raum, aber auch mit Prävention, mit Sensibilisierung, mit dem Aufdecken von Gewaltstrukturen und organisierter Kriminalität. Zudem geht es darum, ein gutes Umfeld zu bieten für innovative Unternehmen, die in nachhaltige Prozesse und erneuerbare Energien investieren. So bringen wir spannende Arbeitsplätze in unseren Kanton. Und nicht zuletzt sollen die Gemeinden so gestärkt werden, dass sich möglichst viele in unserem Milizsystem an unserer Demokratie beteiligen.

Denn das ist das Wichtigste in einer Zeit, in der im Aargau und um uns herum populistische Kräfte wieder an Stärke gewinnen und – offen oder verdeckt – die Demokratie unter Druck setzen: Wir müssen uns weiterhin für eine solidarische Gesellschaft einsetzen, die alle einbindet, an der sich alle beteiligen können und für die alle Verantwortung übernehmen müssen!

# LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
215 · Ausgabe AG · November 2024



# 23 SP-Grossrät:innen als soziale Stimme im Grossen Rat

Am Wahlsonntag wurde auch die neue Grossratsfraktion mit 23 SP-Mitgliedern gewählt. Obwohl die Zahl der Sitze unverändert bleibt, gibt es neue Gesichter im Grossen Rat. In Aarau konnte Marius Fedeli den Platz des nicht mehr zur Wahl angetretenen Jürg Knuchel verteidigen und besetzen. In Kulm verzichtete Alfred Merz auf eine erneute Kandidatur. Lucia Lanz gelang es, diesen Platz für sich zu entscheiden. In Lenzburg trat Daniel Mosimann nicht mehr zur Wahl an. Der zweite Lenzburger Platz wurde von Beatrice Taubert-Baldinger gewonnen. In Zofingen gab es einen Wechsel. Hinter dem bereits amtierenden Michael Wacker ging der zweite Platz an Barbara Stocker-Kalberer. Die Wahlbeteiligung fiel mit 32.65 Prozent bescheiden aus.

## BEZIRK AARAU



Hunziker Lelia, Aarau  
6008 Stimmen



Engeli Lucia, Unterentfelden  
6383 Stimmen



Fedeli Marius, Buchs  
4267 Stimmen

## BEZIRK BADEN



Schmidmeister Lea, Wettingen  
6959 Stimmen



Burger Alain, Wettingen  
7139 Stimmen



Demarmels Carol, Obersiggenthal  
7235 Stimmen



Rhinisperger Selena, Baden  
6478 Stimmen

## BEZIRK BREMGARTEN



Jenni Mia, Obersiggenthal  
6499 Stimmen



Perroud Arsène, Wohlen  
3493 Stimmen



Dietrich Stefan, Bremgarten  
3360 Stimmen

## BEZIRK BRUGG



Brügger Martin, Brugg  
3338 Stimmen



Capanni Luzia, Windisch  
3129 Stimmen

## BEZIRK KULM



Lanz Lucia, Beinwil am See  
1455 Stimmen

**BEZIRK  
LAUFENBURG**


**Basler Colette, Zeihen**  
3058 Stimmen



**Schmid Rolf, Frick**  
2220 Stimmen

**BEZIRK  
LENZBURG**


**Lauper Richner Gabi, Niederlenz**  
3125 Stimmen



**Taubert-Baldinger Beatrice,  
Lenzburg, 2789 Stimmen**

**BEZIRK  
MURI**


**Burkard Flurin, Waltenschwil**  
1660 Stimmen

**BEZIRK  
RHEINFELDEN**


**Rohrer Claudia, Rheinfelden**  
2594 Stimmen



**Binder-Meury Carole, Magden**  
2498 Stimmen

**BEZIRK  
ZOFINGEN**


**Wacker Michael, Zofingen**  
3315 Stimmen



**Stocker Kalberer Barbara,  
Strengelbach, 3250 Stimmen**

**BEZIRK  
ZURZACH**


**Hubmann Hanspeter,  
Schneisingen, 1107 Stimmen**

**KOMMENTAR**

**Gring abe u seckle!**

Mit einer Gesamtsicht über den ganzen Kanton schliesst der Wahlsonntag weder sonnig noch bewölkt, sondern mit Gewitter und Starkregen. Leider schlägt der prognostizierte Rechtsrutsch mit voller Wucht zu, Orkanstärke. Die rechtskonservative Mehrheit wird uns in der nächsten Legislatur fordern. Der Angriff auf den frei werdenden Sitz von Regierungsrat Alex Hürzeler war chancenlos. Die Kandidatur der GLP hat uns diesbezüglich nicht geholfen. Auch wenn sich Ruth Müri über ein gutes Resultat freuen darf und auch wenn ihr niemand ihre Kompetenz in Bildungsfragen abspricht, geht sie doch leer aus. Umso erfreuter sind wir, dass wir alle 23 Sitze in der Fraktion halten. Vor diesem Hintergrund keine Selbstverständlichkeit und bis fertig ausgezählt war eine veritable Zitterpartie! Wir freuen uns über die neu gewählten Fraktionsmitglieder Beatrice Taubert, Marius Fedeli, Barbara Stocker und Luzia Lanz und gratulieren ihnen herzlich zu ihrem Erfolg. Ganz besonders schmerzt uns die Nichtwahl von Rolf Walser. Er ist eine wichtige, integrierende und pragmatische Persönlichkeit mit hoher Akzeptanz bis weit ins bürgerliche Lager. Wir alle wünschten uns, es wäre anders gekommen. Die nächste Legislatur wird herausfordernd. Mit neuen Kräften in der Fraktion packen wir sie an. Jetzt heisst es: Gring abe u seckle! Wir werden der bürgerlichen Mehrheit im Rat nichts schenken, schon gar keine Steuergelder!

Colette Basler, Co-Fraktionspräsidentin SP Aargau, Zeihen

## Neu dabei als Redakteurin



Die Übernahme der redaktionellen Leitung der Aargauer Seiten des Links erfüllt mich mit Freude darauf, noch tiefer ins politische Geschehen einzutauchen und zu aktuellen politischen Themen im Aargau zu recherchieren. Besonders freue ich mich auf den Austausch mit Menschen, die für bestimmte Themen oder Projekte brennen und den Aargau sozialer, gerechter und ökologischer gestalten wollen. Sowohl Begeisterung als auch Expertise sind wertvolle Zutaten für ein interessantes Magazin. Genau das möchte ich euch bieten. Gleichzeitig ist es mir eine Ehre, in die Fussstapfen von Katharina Kerr zu treten. Katharina hat die Aargauer Seiten des Links über 24 Jahre mit ihrem breiten politischen Wissen, ihrer Erfahrung in verschiedenen politischen Ämtern und Scharfsinn geprägt. Dementsprechend interessant und auch vergnüglich waren unsere Gespräche bei der Übergabe. Der Zeitpunkt nach zwei intensiven Wahljahren ist optimal, um mich auf die zusätzliche Aufgabe als Redakteurin zu fokussieren. Es ist geplant, das Format der Aargauer Seiten im Grossen und Ganzen beizubehalten und an die Arbeit von Katharina anzuknüpfen. Dabei bin ich offen für neue Ideen. Mein persönliches Ziel ist es, unser Parteimagazin zu einer Plattform zu machen, die sowohl informiert als auch inspiriert. Ich möchte Raum für Diskussionen schaffen, spannende Interviews führen und Berichte über unsere Aktivitäten veröffentlichen. Ihr seid herzlich eingeladen, aktiv mitzuwirken: Teilt eure Geschichten, Ideen und Anregungen mit mir!

Esther Schmidt, Redakteurin Links Aargau und Parteisekretärin SP Aargau, Wettingen

## ZEIT FÜR ENTSCLOSSENHEIT

# Für eine starke Sozialdemokratie im Aargau

**Der Wahlsonntag war hart und die Ergebnisse haben uns erschüttert. Wir erleben einen massiven Rechtsrutsch, nicht nur in der Schweiz, sondern auch in ganz Europa.**



Stefan Dietrich,  
Co-Präsident SP Aargau  
und Grossrat, Bremgarten

Angesichts der Krisen der letzten Jahre – von der Finanzkrise über die Pandemie bis hin zum brutalen Krieg in der Ukraine und dem furchtbaren Terror und Krieg in Israel und Palästina – fühlen sich viele Menschen verunsichert und abgehängt. Populismus und Nationalismus erstarken, Ängste werden geschürt und die Gesellschaft zunehmend gespalten.

### Konsequent für soziale Gerechtigkeit

Gerade jetzt ist unsere Stimme wichtiger denn je. Der Aargau und die Schweiz brauchen eine starke, kämpferische Sozialdemokratie, die konsequent für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Schwächsten eintritt. Das Wahlergebnis war ein Weckruf: Der Rechtsrutsch ist Ausdruck tieferliegender Probleme. Viele haben Angst um ihre Arbeitsplätze und ihre Zukunft. Die Rechte bietet vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Herausforderungen. Diese mögen verlockend wirken, sind aber brandgefährlich.

### Das politische Klima wird rauer

Wir müssen wachsam sein! In Europa werden demokratische Institutionen geschwächt und Minderheitenrechte mit Füßen getreten. Auch in der Schweiz müssen wir entschieden gegen die Aushöhlung un-

serer Demokratie ankämpfen. Das politische Klima verschärft sich, Polarisierung nimmt zu, und Hetze gegen Minderheiten wird salonfähig. Wir wissen, was auf uns zukommt: Die rechten Kräfte werden versuchen, den Sozialstaat weiter abzubauen, Arbeitsrechte zu schwächen und den Reichen noch mehr Steuervorteile zu gewähren. Aber das werden wir nicht zulassen

Wir stehen für eine Schweiz, die sich auf die Seite der Menschen stellt, die hart arbeiten und oft kaum über die Runden kommen. Solidarität darf nicht nur ein Wort sein, sondern muss ein gelebter Wert werden. Der Druck auf die sozialen Errungenschaften wird grösser, doch wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir gemeinsam mit den Gewerkschaften erfolgreich für Fortschritt und gegen Kürzungen kämpfen können.

### Abbau des Sozialstaates stoppen

Was tun wir als SP Aargau? Wir stellen uns klar und unmissverständlich gegen alle Abbaumassnahmen der rechtsbürgerlichen Parteien. Wir stehen auf der Seite der Menschen im Aargau. Wir werden noch mehr mobilisieren und auf die Strasse gehen! Denn es geht um die Rechte und die Zukunft der Menschen im Kanton Aargau!

Es ist Zeit für mehr Entschlossenheit, für Mut und für den Willen zur Veränderung. Der Weg wird nicht einfach sein, aber wir werden ihn gemeinsam gehen. Lasst uns weiterkämpfen – für Gerechtigkeit, für Solidarität, für eine bessere Zukunft! Gemeinsam können wir den Abbau des Sozialstaats stoppen und den solidarischen Zusammenhalt verteidigen.

# Nein zu EFAS

**Die EFAS-Reform, über die im November abgestimmt wird, ist eine irreführende Reform mit weitreichenden negativen Folgen für unser Gesundheitssystem. Der VPOD lehnt diese Reform entschieden ab, weil sie dazu führt, dass sich der Staat zunehmend aus seiner Verantwortung für die medizinische Grundversorgung und Pflege zurückzieht. Diese Entwicklung bereitet uns grosse Sorgen, denn sie gefährdet die Versorgungssicherheit der Bevölkerung.**

EFAS verändert die finanzielle Verteilung der Mittel, sodass weniger Geld von den Kantonen in öffentliche Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen fliesst. Diese Einrichtungen müssen alle Menschen versorgen, unabhängig von ihrem gesundheitlichen Zustand. Doch schon jetzt deckt die Finanzierung oft nicht die realen Kosten – insbesondere bei komplexen Fällen, die intensive Betreuung erfordern. Da Personalkosten der grösste Kostenfaktor sind, geraten Löhne und Arbeitsbedingungen schnell unter Druck, wenn die Budgets gekürzt werden. Mit EFAS wird dieses Problem weiter verschärft, denn die Kantonsbeteiligung wird auf 26,9 % festgelegt, was keine zusätzlichen Mittel für Engpässe zulässt.

Für das Gesundheitspersonal hat EFAS besonders gravierende Auswirkungen. Die Versicherer werden die Einrichtungen nicht mehr differenziert finanzieren. Dies führt

zu Lohndruck und verschlechterten Arbeitsbedingungen. Weniger Personal bedeutet zwangsläufig weniger Zeit für Patient:innen und Pflegebedürftige – die Versorgungsqualität leidet. Besonders in der Langzeitpflege verschärft sich die Situation, da es keine zusätzliche Unterstützung durch die Kantone geben wird, um eine qualitativ hochwertige Betreuung zu gewährleisten.

Darüber hinaus wird EFAS den Kostendruck auf das Gesundheitswesen weiter erhöhen, was unweigerlich zu steigenden Prämien für die Prämienzahler:innen führen wird. Eine echte Lösung zur Kostendämpfung, wie die Befürworter:innen argumentieren, sehen wir in einer Einheitskasse – EFAS ist aber definitiv der falsche Weg.

Deshalb sagen wir klar und deutlich NEIN zu dieser Reform!

Dariyusch Pour Mohsen, Regionalleiter VPOD Aargau/  
Solothurn, Buchs

# Ja zu EFAS

**Die einheitliche Finanzierung von ambulant und stationär, kurz EFAS, ist eine durch Branchenkenner:innen lange ersehnte Fehlanreizbeseitigung. Bisher gestalteten sich Übertritte von verschiedenen Institutionen im Gesundheitswesen sowie die Versorgung im ambulanten Setting aufgrund der unterschiedlichen Finanzierung oft schwerfällig und unkoordiniert. Die Vorlage wird von allen Verbänden des Gesundheitswesens einschliesslich der Hausärzte unterstützt, aber vom VPOD bekämpft.**

Im Jahr 2022 betragen die Gesundheitskosten, die von der öffentlichen Hand und den Krankenkassen finanziert wurden, 44 Mia. CHF. Rund die Hälfte dieser Kosten entfällt auf den ambulanten Bereich, der bislang ausschliesslich über die Krankenkassen finanziert wurde. EFAS will nun, dass sich die öffentliche Hand daran beteiligt, und zwar zu 26,9 %. Eine grössere Beteiligung der öffentlichen Hand bedeutet anders gesagt, dass mehr über die progressiven Steuern finanziert wird und weniger über die regressive Kopfprämie. Die Beseitigung der obenstehenden Fehlanreize führt zu einer

prognostizierten Kosteneinsparung von CHF 2,2 Mia. Ausserdem führt EFAS aber neu auch dazu, dass die öffentliche Hand Zugang zu den Informationen im ambulanten Sektor hat. Dies ermöglicht eine umfassende und koordinierte Bedarfsplanung. Somit wird endlich das Datenmonopol der Krankenkassen gebrochen. Die Vorlage bringt eine Stärkung der öffentlichen Hand und eine sozialere Finanzierung. Sie hat aus linker Sicht ein klares Ja verdient.

Co-Präsidium Fachausschuss Gesundheit und Soziales  
Rebecca Derendinger, Wettingen  
Lucia Engeli, Unterentfelden

## Stimmrecht 16: Wir haben keine Angst



Zum Stimmrechtsalter 16 gibt es Studien. Politiker:innen diskutieren aufwändige juristische Auslegungen von verschiedenen Altersgrenzen in Gesetzen und ziehen Vergleiche. Die daraus abgeleiteten Scheinargumente werden danach von verschiedensten Akteur:innen, insbesondere im politischen System, zur Rechtfertigung der eigenen Ideologien verwendet. Diese Ideologien, um Erich Fromm<sup>1</sup> ausserhalb des Kontexts zu zitieren, sind «die Produkte von bestimmten Wünschen, Triebregungen, Interessen, Bedürfnissen». Konkret geht es m. E. in dieser Debatte somit eigentlich darum, welche Einstellung wir zur Jugend haben wollen: Haben wir Angst vor ihr? Wollen wir sie ernstnehmen? Meine Reise wird im Aargau enden. Geht da die Reise fürs aktive<sup>2</sup> Stimmrechtsalter 16 in unserem Kanton weiter? Wir sind bereit, die Reise weiterzuführen und stimmen am 24. November gemeinsam Ja!

Nico Zobrist, Medizinstudent, Unterentfelden



Alain Burger

v.l.n.r. Alain Burger, Grossrat SP; Mia Jenni, Grossrätin SP; Peter Weihrauch, Initiativkomitee, Junge Grüne; Mechthild Mus, Initiativkomitee, Junge Grüne; Jacqueline Wick, Initiativkomitee, Junge Mitte; Joel Grütter, Junge EVP; Noah Reber, Junge GLP; Annetta Schuppisser, Grossrätin GLP

<sup>1</sup> Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie. Fromm, Erich. Zeitschrift für Sozialforschung Jg. 1, 1932.

<sup>2</sup> Das heisst, dass man wählen und abstimmen – nicht aber gewählt werden – darf.

## Nein zum Autobahnausbau



5,3 Milliarden Franken will der Bund mit dem Ausbauschnitt 2023 ins Nationalstrassennetz investieren. Die sechs Grossprojekte, über die wir am 24. November abstimmen werden, sind aber nur der Anfang einer umfassenden Ausbauwelle. In den Schubladen des ASTRA warten Dutzende Projekte über insgesamt mehr als 35 Milliarden Franken auf Realisierung. Eine Motion, die die eidgenössischen Räte überwiesen haben, verlangt gar noch mehr: den durchgehenden 6-Spur-Ausbau der A1 zwischen Bern und Zürich und zwischen Genf und Lausanne.



Obwohl das Strassennetz seit Jahrzehnten kontinuierlich ausgebaut wird, werden die Verkehrsprobleme nicht kleiner, denn der Kapazitätsausbau führt unmittelbar zu weiterem Verkehrswachstum. Mehr Autobahn bedeutet nicht weniger Verkehr in den Dörfern und Städten. Im Gegenteil: Jede Fahrt beginnt und endet in einem Siedlungs- oder Gewerbegebiet; mehr Autobahn bedeutet mehr Verkehr im Siedlungsraum und zwingt zu Ausbauten des Kantonsstrassennetzes.

Der masslose Autobahnausbau, den Bundesrat Röstli angestossen hat, steht in Zeiten der Klimakrise quer in der Landschaft. Der motorisierte Strassenverkehr ist für ein Drittel des CO<sub>2</sub>-Ausstosses der Schweiz verantwortlich, ein Problem, das auch die Dekarbonisierung nicht lösen kann. Studien zeigen, dass die Schweiz ihre Klimaziele nur erreichen kann, wenn sich auch der Verkehrssektor bewegt. Netto null im Verkehr bedeutet mehr hier und weniger dort. Dafür braucht es eine Politik der kurzen Wege, mehr Fuss- und Veloverkehr und einen starken ÖV als Rückgrat unserer Mobilität. Ein überzeugtes Nein am 24. November ist ein wichtiger Schritt für die überfällige Verkehrswende.

Christian Keller, Geschäftsführer VCS Aargau, Grossrat Grüne, Obersiggenthal

# Völlig unnötiger Angriff auf die Rechte von Mietenden

**Der Hauseigentümergeverband betreibt Lobbying und ist leider erfolgreich beim nationalen Parlament. Dieses liess völlig unnötige Vorschläge zur Gesetzesrevision im Mietrecht zu. Jetzt setzt sich der Mieterinnen- und Mieterverband zur Wehr, hoffentlich erfolgreich. Worum geht es?**



Claudia Rohrer,  
Co-Fraktionspräsidentin  
SP Aargau, Rheinfelden

### Einschränkung des Rechts zur Untermiete

Die Untermiete ist klar geregelt. Es braucht die Zustimmung der Vermietenden. Mietende dürfen aus der Untervermietung keinen überhöhten Ertrag erwirtschaften. Maximal 20 Prozent mehr als die eigene Miete dürfen verlangt werden, und dies nur, wenn der Aufschlag begründet ist. Die Untermiete der ganzen Wohnung ist bereits heute zeitlich begrenzt. Einzelne Zimmer können aber auf Dauer untervermietet werden. Dies gilt für Studierende, welche sich eine grosse Wohnung teilen. Gegenüber dem Vermietenden gibt es nur eine:n Mieter:in. Aber auch Menschen in anderen Lebenslagen greifen zur Untermiete, beispielsweise wenn nach einer Trennung zu grosser oder zu teurer Wohnraum vorhanden ist, ein Umzug aus persönlichen Gründen nicht in Frage kommt. Wohnen ist mehr als die Nutzung von Wohnraum; Wohnen ist meist die Grundlage der Lebensgestaltung.

Diese Regelung wird nun völlig unnötig verkompliziert. Neu wird eine schriftliche Zustimmung verlangt; eine Zustimmung per Mail reicht nicht mehr. Wirklich schwerwiegender soll neu jedoch die Untermiete auch für einzelne Zimmer zeitlich beschränkt werden, und zwar auf zwei Jahre. Das macht weder für die Alters-WG Sinn noch für die WG der Studierenden.

### Ausweitung der Kündigungsmöglichkeit bei Eigenbedarf

Vermietende haben das Recht, Mietenden zu kündigen, wenn Eigenbedarf besteht. Dies gilt sogar bei Eigenbedarf zu Renovations-

zwecken. Wird eine Wohnung aus Eigenbedarf gekündigt, können betroffene Mietende die Schlichtungsstelle bzw. das Gericht anrufen, um eine Mieterstreckung zu erhalten. Das Gericht nimmt dann eine Interessenabwägung vor zwischen der Dringlichkeit des Bedarfs der vermietenden Partei und der persönlichen Situation der mietenden Partei – je dringender der Eigenbedarf, desto kürzer wird die Verlängerung. Dieses Dringlichkeitskriterium verhindert also, dass besonders schutzbedürftige Personen ohne neuen Wohnraum auf der Strasse landen. Doch das neue Gesetz will diesen Schutz abschaffen. Diese Änderung gefährdet die Wohnsicherheit.



Diese beiden Vorlagen sind leider erst die Spitze des Eisbergs. Der Hauseigentümergeverband lobbyiert weiter, und die nächsten Vorlagen drohen. Die Schweiz ist ein Land der Mieter:innen. Unser Parlament schützt jedoch die Eigentümer:innen. Wir müssen Gegensteuer geben gegen diese völlig unnötigen Verschlechterungen des Mietrechts. Stimmen wir ab und versenken wir dieses unnötige Lobbying des Hauseigentümergeverbands.

# Steuerreform 2025 – eine Reform für wenige statt für alle

**Mit der Steuergesetzrevision 2025 steht die zweite bittere Pille der Steuerstrategie 2022 – 2030 des Kantons Aargau in den Startlöchern. Nachdem vor Kurzem die Steuern für Unternehmen mit hohen Gewinnen reduziert wurden, sollen nun die Vermögenssteuern für natürliche Personen gesenkt werden.**

Die Strategie, dies der Bevölkerung schmackhaft zu machen, bleibt dieselbe wie vor drei Jahren: Man überzieht die bittere Pille mit einem verführerischen Zuckerguss, um vom eigentlichen Inhaltsstoff abzulenken. Doch aufgepasst: Selbst der Zuckerguss ist nicht halb so süß wie er schmeckt.

Aber von vorne: Am Anfang der Revision steht ein Urteil des Verwaltungsgerichts. Die geschätzten Werte der Aargauer Liegenschaften sind zu tief. Eine allgemeine Schätzung hat höhere Steuereinnahmen zur Folge. Die Bürgerlichen wollen dies schnellstmöglich an die Reichsten rückverteilen. Doch es war schnell klar, dass dieser Plan mit Sicherheit keine Mehrheit in der Bevölkerung finden würde. So kam also der falsche Zuckerguss ins Spiel: höhere Abzüge für Kinder.

## Schritt 1: Das Schätzungswesen – endlich wird rechtmässig gehandelt!

Während Mieter:innen mit steigenden Mieten kämpfen, kamen Immobilienbesitzende im Aargau jahrelang mit einer viel zu niedrigen Steuerbewertung davon. Gerade weil diese Anpassung in unserem Sinn ist, ärgert es uns, dass sich die Regierung und die bürgerliche Mehrheit im Parlament so viel Zeit

gelassen und die Umsetzung bewusst um ein Jahr verzögert haben.

## Schritt 2: Spürbar tiefere Steuern? Aber nur für die Reichen!

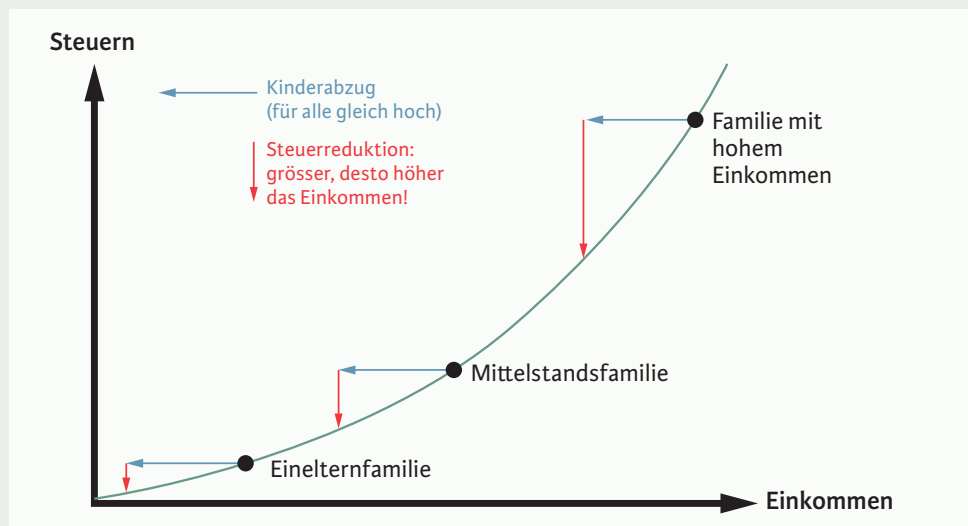
Die Mehrerträge von rund 100 Mio. Franken jährlich aus dem neuen Schätzungswesen könnten eine Chance sein, um etwa Familien zu entlasten, die durch hohe Wohnkosten und steigende Krankenkassenprämien belastet sind. Aber was passiert stattdessen? Die Vermögenssteuer wird gesenkt – und wer profitiert davon? Natürlich nicht die Familien mit bescheidenen Einkommen, sondern Menschen mit hohem Vermögen. So werden die Steuern, die durch eine längst überfällige, gerechtere Immobilienbewertung zusätzlich eingenommen werden, direkt wieder an jene verteilt, die es am wenigsten brauchen.

## Kinderabzüge – der Wolf im Schafspelz

Besonders verführerisch kommt nun die Erhöhung der Kinderabzüge und der Abzug für Fremdbetreuungskosten daher. Was auf den ersten Blick nach einer Entlastung für Familien klingt, ist in Wirklichkeit ein Steuergeschenk an Familien mit hohem Einkommen.

► Fortsetzung auf Seite 16

## Kinderabzüge helfen Gutverdienenden überproportional



## Aus der Geschichte lernen?!



## Gedanken zum Jahrestag der Reichspogromnacht 1938

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden in Deutschland von den Nationalsozialisten über 1400 Synagogen angezündet, Wohnungen und Geschäfte jüdischer Menschen zerstört und viele Juden umgebracht. Dies markierte den Übergang von der Diskriminierung der deutschen Juden ab 1933 hin zu ihrer systematischen Vertreibung und Vernichtung. Auch dieses Jahr werden am 9. November Gedenkfeiern zur Reichskristallnacht stattfinden; an einer werde ich teilnehmen und ein Grusswort halten. Mein Grossvater war SPD-Politiker, Journalist und Jude. Er kämpfte für Menschlichkeit und Frieden und hatte den Mut, Missstände aufzuzeigen. Kurz nach Hitlers Machtübernahme wurde er verhaftet und umgebracht. Was bringen solche Gedenkveranstaltungen? Ich wünsche mir, dass nicht nur auf die schrecklichen Ereignisse hingewiesen wird und «Nie wieder»-Parolen ausgesprochen werden, sondern der Jahrestag zum Nachdenken über die Vergangenheit und die aktuelle politische Situation anregt. Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden keimen wieder auf. Rechtspopulismus und «einfache Rezepte» geniessen grossen Zuström. Haben wir nichts aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts gelernt? Die politische Entwicklung macht mir Sorgen und Angst. Demokratie ist ein wertvolles, nicht selbstverständliches Gut. Statt zu klagen, sollten wir positive Ansätze und Projekte – speziell wie wir junge Menschen für diese Themen interessieren können – aufzeigen und multiplizieren. Wäre dies eventuell ein Thema für einen Sektionsanlass? Ich würde mich freuen.

Kathie Wiederkehr, Enkelin von Felix Fechenbach (1894–1933), Baden

# EINE MELDESTELLE AUCH IM AARGAU

## Wohin soll man sich wenden, um antisemitische Vorfälle zu melden und Hilfe zu bekommen?

Seit dem 7. Oktober 2023 haben auch im Aargau antisemitische Vorfälle zugenommen. Zuerst wollte der Regierungsrat nichts von Massnahmen zur Bearbeitung solcher Geschehen wissen, was Stefan Dietrich, Co-Präsident der SP Aargau, im Grossen Rat kritisierte: «Vorfälle werden im Aargau nicht systematisch erfasst, es gibt keine Meldestelle und auch keine Meldepflicht». Nun aber hat der Aargau mit dem SIG eine Vereinbarung geschlossen. Ab 2025 übernimmt der SIG die Meldestelle Antisemitismus im Aargau. Damit arbeiten nun mit Basel-Stadt, Bern, Graubünden, St. Gallen, Zürich und Aargau sechs Kantone mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund zusammen.

Katharina Kerr, bisherige Redakteurin Links Aargau, Aarau

► Fortsetzung von Seite 15

Für eine durchschnittliche Familie des Mittelstandes erleichtert sich die Steuerrechnung um rund 200 Franken im Jahr – Familien mit hohem Einkommen hingegen sparen aufgrund der Kinderabzüge schnell einmal doppelt so viel. Familienentlastung geht anders. Bereits 2020 hat sich das Volk diesbezüglich nicht täuschen lassen. Der eidgenössische «Kinderabzugsbschiss» wurde im September 2020 mit rund 63 % deutlich abgelehnt – auch im Aargau.

Im Übrigen sollen weitere kleine Häppchen in Form von höheren Abzügen für die Fremdbetreuungskosten der Kinder, eine Senkung der Gewinnsteuern für Vereine und Stiftungen sowie die Erhöhung der Abzugsfähigkeit von Weiterbildungskosten verteilt werden. Der grosse Brocken bleibt aber wie zu erwarten den Menschen mit hohem Vermögen vorbehalten. So fliessen durch die Vermögenssteuersenkungen jährlich stolze 6 Millionen allein an die 60 reichsten Aargauer:innen.

### Fazit: Eine Reform für wenige statt für alle

Diese Steuerrevision 2025 kommt im selben Kleid wie schon die Revision 2022 daher und ist ein weiteres Zeichen dafür, dass der Aargau die Interessen der Wohlhabenden über die Bedürfnisse der Mehrheit stellt. Während Familien und Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen weiterhin mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen, werden die Vermögenden erneut entlastet. Aber so schnell werden wir uns nicht geschlagen geben, wenn in Kürze die zweite Beratung im Grossen Rat vonstattengeht.

Carol Demarmels, Grossrätin SP Aargau, Obersiggenthal  
Rolf Schmid, Grossrat SP Aargau, Frick

## ABSTIMMUNGSPAROLEN

vom 24. November 2024

Eidgenössische Abstimmungen:

**NEIN** zu den Milliarden für den Autobahnausbau

**NEIN** zu mehr Einschränkungen bei der Untermiete

**NEIN** zur Schwächung des Kündigungsschutzes

**JA** zu EFAS (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)

Kantonale Abstimmung:

**JA** zum Stimmrechtsalter 16 im Kanton Aargau

## AGENDA

5. November 2024

Veranstaltung zu Mietrechtsreferenden  
Malzlager Aarau

12. November 2024

Präsidienkonferenz  
Auenhalle, Aarau Rohr

13. November 2024, 19 Uhr (online)

Informationsveranstaltung zu EFAS  
Lucia Engeli, Grossrätin und Ärztin  
Rebecca Derendinger, Spezialistin für Pflegefinanzierung

21. Januar 2025

Ausserordentlicher Parteitag der SP Aargau

## IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau  
Tel. 062 834 94 74  
sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr

Auflage links.ag: 3066 Exemplare

Redaktion: Esther Schmidt, esther.schmidt@sp-aargau.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 21. Oktober 2024

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 7. Januar 2025

Erscheinungsdatum nächste Ausgabe: 24. Januar 2025

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

Colette Basler, Carol Demarmels, Stefan Dietrich,  
Rebecca Derendinger, Dieter Egli, Lucia Engeli, Christian Keller,  
Katharina Kerr, Nora Langmoen, Dariyusch Pour Mohsen,  
Claudia Rohrer, Esther Schmidt, Kathie Wiederkehr, David Zehnder  
(Fotografie), Nico Zobrist